

An

- alle Kommunen im Landkreis Roth
- die kreisfreie Stadt Schwabach
- das Landratsamt Roth
- den Kreistag Roth

Information zum „Klimanotstand“

Der Verein „Energiebündel Roth-Schwabach e.V. fordert die Adressaten auf, den „Klimanotstand“ auszurufen!

Auf der Jahreshauptversammlung des Vereins „Energiebündel Roth-Schwabach e.V.“ am 25. Juni 2019 beschlossen die anwesenden Mitglieder, dass der Verein in seinen Mitgliedskommunen den „**Klimanotstand**“ anregen soll.

Wir fordern dabei auf der lokalen Ebene, dass diese Gremien die „**Klimakrise**“ als solche benennen, dazu den „**Klimanotstand**“ ausrufen und mit sofortigen Handlungsinitiativen auf allen Ebenen beginnen.

*Unter „**Klimanotstand**“ wird dabei kein Notstand im eigentlich rechtlichen Sinne verstanden, der die Grundlagen unserer Demokratie aushebelt.*

*Vielmehr dient diese Erklärung dazu, alle **Kräfte aus Politik und Bevölkerung zu bündeln**, um gemeinsam sofortige und entschlossene Anstrengungen zum Klimaschutz zu leisten. Es geht dabei also nicht nur um die daraus folgenden Entscheidungen des Gemeinderates, sondern um einen breiten öffentlichen Aufruf zur Transformation unserer Gesellschaft - hin zu einem Klima neutralen und zukunftsfähigen Lebensstil.*

*Zur Begriffserklärung siehe auch <https://de.wikipedia.org/wiki/Klimanotstand> „**Klimanotstand**“ (engl. 'climate emergency') ist eine Erklärung politischer Entscheidungsgremien in Deutschland aber auch in der Schweiz, im Vereinigten Königreich, Kanada, Australien und den Vereinigten Staaten von Amerika, die Erkenntnisse des „Intergovernmental Panel on Climate Change“ (IPCC) zur Grundlage politischer Entscheidungen zu machen und die Klimakrise öffentlich als Aufgabe höchster Priorität anzuerkennen.*

Wir fordern aber, dass ab sofort alle Entscheidungen des Gemeinde- / Stadtrats und Kreistags viel mehr auf ihre Vereinbarkeit mit Klima-, Umwelt- und Artenschutz geprüft werden und stets in diesem Sinne gehandelt wird.

Dazu erhalten alle Gemeinde- / Stadträte und der Kreisrat die beiliegende Resolution.

Durch den Beschluss eines **Klimanotstandes** würde so der Gemeinde- / Stadtrat und Kreistag den Klimawandel als eine akute Bedrohung anerkennen und die Eindämmung der Klimakrise und ihrer schwerwiegenden Folgen zur Aufgabe von höchster Priorität erklären.

Würde die Politik diese Krise beim Namen nennen, dann hätten wir längst den **Klimanotstand!** Dann würden wir nachhaltiger handeln und planen, unsere Gebäude CO₂-frei heizen sowie uns reiflich überlegen, warum wir ins Auto oder Flugzeug steigen, wenn man genauso gut den ÖPNV (Bus und Bahn) oder gar das Fahrrad nutzen könnte.

Bislang wird jedoch oft nur der Eindruck vermittelt, als ob genug getan würde nachhaltig zu handeln. Doch die Katastrophe, auf die wir zurasen, wird immer noch kaum erkannt, teils heruntergespielt und viel zu wenig behandelt. Als Folge handelt auch ein Großteil der Bevölkerung nicht. Ein Grund, warum der **Klimanotstand** in vielen Kommunen beschlossen wird.

Aber die Ausrufung des **Klimanotstandes** darf aber keine Symbolpolitik sein – sie muss ein lautes und **klares Bekenntnis** sein. Nur wenn die Politik zeigt, dass sie handelt und deutlich macht, dass sie allein der Krise nicht gewachsen ist, wird die breite Bevölkerung den Ernst der Lage erkennen und entsprechend handeln.

Es kann aber nur ein erster Schritt sein, die **Klimakrise**, in der wir uns gerade befinden, beim Namen zu nennen. Alle Kräfte aus Politik und Bevölkerung müssen jetzt gebündelt werden, um gemeinsam sofortige und entschlossene Anstrengungen zum Klimaschutz zu leisten. Das „Energiebündel“ leistet dazu gerne Unterstützung.

Allen voran müssen Kommunen sich vorbildlich und klar dazu bekennen und das **Signal an alle Bürger senden**, dass die bisherigen Pläne und Maßnahmen bei weitem nicht ausreichen um einen Klimakollaps zu verhindern.

Wir sind auf keinem guten Weg, wenn schon lokal die selbst gesteckten Ziele von 2013 (Integriertes Klimaschutzkonzept IKSK des Landkreises Roth) bisher noch zu wenig Wirkung zeigen und/oder nicht eingehalten werden. Diese Ziele reichen nicht aus, um die Erderhitzung auf 1.5 °C zu begrenzen, wie es aber 2015 in Paris beschlossen wurde.

Wer kann noch ernsthaft behaupten, wir seien auf einem guten Weg, wenn laut dem Intergovernmental Panel on Climate Change (IPCC) unser CO₂-Budget längst aufgebraucht ist? Laut IPCC muss, um die globale **Durchschnittstemperatur** gegenüber dem vorindustriellen Zeitalter mit einer Wahrscheinlichkeit von 93 % **unter 2 °C** zu halten, die Konzentration von Treibhausgasen auf oder unter **350 ppm CO₂-Äquivalent** gehalten werden. Sie beträgt heute aber über **410 ppm !!**

Und jede weitere Verbrennung von Öl, Gas, Kohle und Holz verwandelt den darin gebundenen Kohlenstoff (C) zu weiterem CO₂. Doch gerade dies sollte jetzt vermieden werden – was auch die aktuellen Diskussionen zur CO₂-Abgabe unterstreichen.

Mit den enorm gestiegenen CO₂-Werten (> 410 ppm) nähert sich das komplexe Klimasystem den unkontrollierbaren „Kipp-Punkten“. Werden diese überschritten (z.B. bei 2 Grad Erwärmung) werden Prozesse angestoßen, die der Mensch dann kaum mehr beherrschen kann. Die Lebensgrundlagen gehen in vielen Regionen der Welt verloren und unsere Zivilisation, wie wir sie kennen, ist dann kaum mehr vorstellbar.

Ein Beispiel dafür ist der Permafrost, in welchem weltweit ungefähr die zweifache Menge der in der Atmosphäre befindlichen Treibhausgase (Kohlendioxid und Methan) gespeichert ist. Es gibt aber noch zahlreiche weitere Kippelemente die, einmal angestoßen, eine nicht mehr kontrollierbare Überhitzung unseres Planeten Erde zur Folge hätte.

Deshalb fordern wir:

Schluss mit Schönreden, Beschwichtigungen und zögernden Maßnahmen!

Vor allem vor Ort in Kommunen muss **JETZT** dringend gehandelt und laufend berichtet werden und die Bevölkerung muss deutlich über das Ausmaß und die Folgen der Klima-, Umwelt- und Artenkrise aufgeklärt werden – regelmäßig und am besten zwei Mal pro Jahr.

Dabei geht es uns nicht um lange schriftliche Berichte mit aufwändig recherchierten CO₂-Werten – sondern um **klare Aussagen vom 1. Bürgermeister der Kommune bzw. dem Landrat des Landkreises**, was passiert gerade zum Klimaschutz, was läuft gut und vor allem auch: wo klemmt es.

Dann können wir unser Ziel erreichen:

Klimaschutz ist in jeder Kommune ab sofort Chefsache und hat oberste Priorität bei allen Entscheidungen.

Der Handlungsdruck zum Klimaschutz wird von Tag zu Tag offensichtlich. Daher haben bereits viele Kommunen in Deutschland den **Klimanotstand** ausgerufen bzw. in Beratung.

Unter diesem Link findet man eine aktuelle Karte dieser, aktiven Kommunen:
https://www.klimabuendnis-hamm.de/klimanotstand-in-jedem-rathaus/#karte_DE

In Bayern haben bis jetzt entschieden:

- Erlangen und Bubenreuth

In weiteren Kommunen sind Anträge eingereicht worden und stehen zur Abstimmung.

Resolution zum „Klimanotstand“

An alle Fraktionen/Mitglieder

- aller Kommunen im Landkreis Roth
- der kreisfreien Stadt Schwabach
- des Kreistags Roth
- und das Landratsamt Roth

Warum eine Resolution zur Ausrufung des „Klimanotstandes“ in den Kommunen?

Am Freitag, 15. März 2019, demonstrierten in Deutschland über 300.000 Menschen im Rahmen der „Fridays-for-Future“-Bewegung gegen die Klima- und Umweltpolitik der Bundesregierung – u.a. auch in Nürnberg. Vertreter des Vereins „Energiebündel Roth-Schwabach e.V.“ sammelten Eindrücke vor Ort.

Vornehmlich junge Menschen gingen auf die Straße. Doch auch Eltern und Lehrer unterstützten sie. Sie alle forderten - und werden auch in Zukunft fordern - dass Bundestag und Bundesregierung sofort effektive Maßnahmen beschließen und diese konsequent durchsetzen, damit die drohende „Klimakrise“ abgewendet werden kann. Unterstützt werden sie heute von ca. 27.000 Wissenschaftlern, zahlreichen Eltern sowie vielen Klimaschutz- und Energiewende-Vereinen.

SchülerInnen - diejenigen, die am meisten in Zukunft unter den Folgen von heutigen Versäumnissen leiden müssen - sprechen aus, was uns allen längst bewusst sein sollte: **Es ist höchste Zeit zu handeln.** Der verharmlosende Begriff Klimawandel muss zunehmend durch „Klimakrise“ ersetzt werden. Denn es drohen irreversible Folgen, welche lokal und weltweit zu spüren sind – Temperaturanstiege, Dürren, Überschwemmungen und Millionen Klimaflüchtlinge.

Heute schon ist die globale Durchschnittstemperatur gegenüber dem vorindustriellen Zeitalter schon um 1°C gestiegen, weil die **CO₂-Konzentration** in der Atmosphäre in diesem Zeitraum von 280 ppm auf **über 410 ppm** geklettert ist.

Um aber eine unkontrollierbare globale Erwärmung mit nicht absehbaren Folgen zu verhindern, ist es unerlässlich, alle Treibhausgas-Emissionen schnellstmöglich massiv zu reduzieren.

Der Klimawandel ist nicht nur ein Umweltproblem.

Er ist ein Wirtschafts-, Sicherheits-, Gesundheits- und Artenschutzproblem und eine Gefahr für den Frieden. WissenschaftlerInnen warnen immer dringlicher: Das Zeitfenster, das uns noch bleibt, um unsere Lebensgrundlagen auf Dauer zu sichern, schließt sich rasant. Das Tempo, das momentan bei der Umsetzung des Klimaschutzes an den Tag gelegt wird, reicht bei weitem nicht aus, um unseren jüngsten MitbürgerInnen eine sichere Zukunftsperspektive zu bieten.

Im Sinne einer **Generationengerechtigkeit** ist es deshalb **zwingend erforderlich**, schnellstmöglich große Emissionsminderungen zu erreichen, bereits angehäuften Versäumnisse aufzuholen und kommenden Generationen ihre Handlungsspielräume zu bewahren.

Es liegt in der Verantwortung und den Möglichkeiten **jeder Kommune**, ihre gesamte Gestaltungsmacht auszunutzen, um die Notwendigkeit und Dringlichkeit der Klimakrise zu erkennen, ihr gerecht zu werden und diese als das zu behandeln, was sie ist: eine **existenzielle Krise**.

Um diese zu vermeiden, sollte der **Artikel 20a des Grundgesetzes** Leitlinie sein:

„Der Staat schützt auch in Verantwortung für die künftigen Generationen die natürlichen Lebensgrundlagen und die Tiere im Rahmen der verfassungsmäßigen Ordnung durch die Gesetzgebung und nach Maßgabe von Gesetz und Recht durch die vollziehende Gewalt und die Rechtsprechung.“

Obwohl der **Klimawandel seit über 40 Jahren** sichtbar ist, fehlen dazu entschlossene Handlungen auf vielen Ebenen.

Daher schlagen wir folgende, lokale Aktion vor:

Der (lokale) Gemeinde- / Stadtrat und Kreistag

- erklärt den Klimanotstand und erkennt damit die Eindämmung der Klimakrise und ihrer schwerwiegenden Folgen als Aufgabe von höchster Priorität an.
- erkennt, dass bisherige Maßnahmen und Planungen nicht ausreichen, um die Erderwärmung auf 1,5 Grad Celsius zu begrenzen.
- berücksichtigt ab sofort die Auswirkungen auf das Klima bei jeglichen Entscheidungen, und bevorzugt Lösungen, die sich positiv auf Klima-, Umwelt- und Artenschutz auswirken.
- stellt fest, dass bisher erarbeitete Energieentwicklungskonzepte nicht ausreichen und ergreift stattdessen wirksamere Maßnahmen im Rahmen eines integrierten Klimaschutzkonzepts (IKSK)
- fordert den 1. Bürgermeister und den Landrat auf, dem Gemeinde- / Stadtrat / Kreistag sowie der Öffentlichkeit regelmäßig über Fortschritte und Schwierigkeiten bei der Reduktion der Emissionen Bericht zu erstatten.
- fordert auch andere Kommunen, die Bundesländer und die Bundesrepublik Deutschland auf, dem Vorbild zu folgen und den Klimanotstand auszurufen.

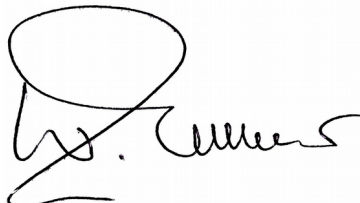
Zur Begriffserklärung:

„**Klimanotstand**“ (engl. ‘climate emergency’) ist eine Erklärung politischer Entscheidungsgremien, bisher insbesondere in der Schweiz, im Vereinigten Königreich, Kanada, Australien und den Vereinigten Staaten von Amerika, die Erkenntnisse des „Intergovernmental Panel on Climate Change“ (IPCC) zur Grundlage politischer Entscheidungen zu machen und die Klimakrise öffentlich als Aufgabe höchster Priorität anzuerkennen.

Diese Erklärung dient dazu, alle Kräfte aus Politik und Bevölkerung zu bündeln, um gemeinsam sofortige und entschlossene Anstrengungen zum Klimaschutz zu leisten.

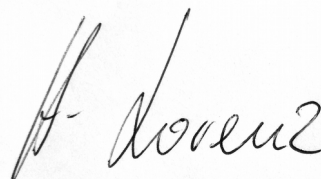
Es geht dabei nicht nur um die daraus folgenden Entscheidungen des Gemeinde- / Stadt- und Kreistrats, sondern um einen breiten öffentlichen Aufruf zur Transformation unserer Gesellschaft - hin zu einem klimaneutralen und zukunftsfähigen Lebensstil.

Wollen nicht auch wir JETZT den guten Beispielen anderer folgen und unseren Kindern und Enkeln eine lebenswerte Zukunft hinterlassen?



Werner Emmer
1. Vorsitzender
Energiebündel Roth-Schwabach e.V.
Zeidlerweg 15
90596 Schwanstetten

Tel. 01520/8581774
email: mail@energiebuendel-rh-sc.de



Hermann Lorenz
stv. Vorsitzender
Energiebündel Roth-Schwabach e.V.

Tel. 0163/1623002